

Editorial

Im Kontext gleichgerichteter internationaler Entwicklungen befindet sich das deutsche Bildungssystem in einem tiefgreifenden Transformationsprozess. Dieser äußert sich – quer zu den unterschiedlichen Bildungsgängen und -stufen – in einer Umgestaltung der Steuerungssysteme öffentlicher Bildung. Hierzu zählen wachsende Autonomie der pädagogischen Organisationen, Markt- und Wettbewerbsmechanismen, der Einzug von aus dem privaten Sektor stammenden Managementstrategien, output-basierte Formen der Wirkungskontrolle und die Umgestaltung von Curricula und pädagogischen und didaktischen Methoden. Dies hat unter anderem auch eine polarisierende Kontroverse über die legitimen Inhalte und Methoden erziehungswissenschaftlicher Forschung angestoßen.

Aber wie angemessen ist diese wesentlich von rational-technischen und ökonomischen Imperativen bestimmte neue Steuerungslogik im Bildungssystem im Hinblick auf die komplexen, unterschiedlich gelagerten Voraussetzungen und Bedürfnisse *aller* heranwachsenden oder erwachsenen Adressatinnen und Adressaten von Bildungsangeboten in einer zunehmend fragmentierten sozialen Welt? Wie werden Aspekte der Differenz, Pluralität und Gleichheit in aktuelle politische, schulentwicklerische und curriculare Reformstrategien inkorporiert? Inwieweit sind diese in der Lage, eine inklusive Bildungsprogrammatis mit dem Ziel, vorfindbare Disparitäten in den Bildungserfolgen unterschiedlicher sozialer Gruppen zu minimieren, zu befördern? Eröffnen sie geeignete organisatorische und pädagogische Rahmenbedingungen, um Ziele demokratischer (politischer) Bildung (z.B. differenzsensible und rassismuskritische Bildung und Erziehung in Kindergärten oder Schulen) effektiv und glaubhaft vermitteln zu können? Und inwieweit können sie historische Beziehungen und den Einfluss nationaler oder internationaler Politiken auf die soziokulturellen Grundlagen in unterschiedlichen Gesellschaften als Voraussetzung von Bildungsprozessen reflektieren?

Während die Dynamik und die komplexen Implikationen und Folgen der sogenannten ‚Neuen Steuerung‘ für beinahe sämtliche Aspekte der Bildungswirklichkeit vor allem in den angelsächsischen Ländern seit den 1980er Jahren intensiv und kontrovers diskutiert werden, steckt die Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen in der deutschsprachigen erziehungswissenschaftlichen Forschung noch in den Anfängen (vgl. z.B. *Tertium Comparationis*, 2007, 13 (2)). Desiderata der Forschung bestehen insbesondere unter der Fragestellung nach den komplexen Implikationen und Folgen für die Verwirklichung schulpolitischer Ziele der Inklusion, Gerechtigkeit und demokratischen Teilhabe. Die im zweijährigen Rhythmus stattfindende Tagung der Sektion International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft (SIIVE) in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) vom 19. bis 21. März 2009 in Münster zum Thema ‚Diversität, Internationalität und Nachhaltigkeit im Kontext aktueller Bildungsreformen‘ war diesen Fragen gewidmet. Die vorliegende Ausgabe von *Tertium Comparationis* dokumentiert den ersten Teil der auf der Tagung ge-

haltenen und ausgearbeiteten Vorträge. Der zweite Teil wird in *Tertium Comparationis* im nächsten Jahr veröffentlicht.

Die Diskussion wird von *Karin Amos* mit einem Beitrag zum Thema „Bildung“ in der Spätmoderne. Zur Intersektion von Educational Governance und Gouvernamentalität“ eröffnet. Amos sucht in ihrem Text den Überschneidungsbereich des auf Michel Foucault zurückgehenden Begriffs der Gouvernamentalität mit der Forschung über Educational Governance fruchtbar zu machen, um in der vergleichenden erziehungswissenschaftlichen Forschung zu einem umfassenderen Verständnis des aktuellen Bildungswandels zu gelangen, das die Ebene der Subjekte mit einbezieht. Beide Theorieansätze haben seit einigen Jahren in der erziehungswissenschaftlichen Beschäftigung mit Folgen sozialer Umbrüche, die als Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft bzw. von der modernen zur post-/spätmodernen Gesellschaft verstanden werden können, im Erziehungssektor Konjunktur. Sie werden jedoch laut Amos noch kaum explizit aufeinander bezogen. Der Text arbeitet zunächst Leerstellen und Anknüpfungspunkte heraus. Die *Governance-Forschung* betrachte Bildungswandel Amos zufolge primär auf der Systemebene und klammere Fragen der Neujustierung von Gesellschafts- und Subjektverhältnissen weitgehend aus. Komplementär konzentrierte sich die machttheoretische Gouvernamentalitätsforschung vorrangig auf die Problematik des Regierens und Techniken der Subjektivierung, lasse allerdings oft im Dunkeln, auf welchen Ebenen, mittels welcher Strategien, über welche Brechungen und Widersprüche sich gesellschaftliche Macht entfalte. Das Potenzial, das in der Verbindung beider Perspektiven begründet liegt, wird in einer Analyse des modernen Nexus von Staat, Erziehung und Subjekten und seiner Zäsuren im Übergang zu spätmodernen Erziehungs- und Bildungsverhältnissen deutlich gemacht.

Iris Clemens fragt in ihrem Beitrag „Globale Lösungen im Bildungssystem der Weltgesellschaft? Eine kulturtheoretische Analyse des Best-Practice-Konzepts in der Erziehungswissenschaft“ nach kulturellen Vereinbarkeiten von aktuellen Reformen in Bildungssystemen mit Prinzipien der Transnationalität und Diversität. Zunächst werden die in internationalen Reformbemühungen implizit enthaltenen Annahmen einer mit Globalisierung einhergehenden kulturellen Homogenisierung kritisch beleuchtet. Ausgehend von Rudolf Stichwehs These der kumulativen Schichtung älterer und neuer sozialer Strukturen in Globalisierungsprozessen problematisiert die Autorin das Konzept der Best Practice und diskutiert, ob und wie globale Praktiken und Strategien in soziokulturell divergenten Kontexten Lösungen für je spezifische Probleme bieten können. Zunächst rekonstruiert sie die ursprüngliche Herkunft des Best-Practice-Konzepts aus dem Bereich der Industrie und zeichnet Unternehmensentwicklungen nach, die mittlerweile zu skeptischen Bewertungen dieses Modells in der Wirtschaftswissenschaft führen. Daran anschließend stellt Clemens grundlegende Schwierigkeiten der Transferierbarkeit des Best-Practice-Konzepts auf Bildungsgestaltung und -organisation heraus und verweist auf disziplinäre Unterschiede der Wirtschafts- und Erzie-

hungswissenschaften sowie die Problematik transkultureller Kompatibilität sowohl in der Organisation von Bildungsprozessen als auch auf der Ebene von Bildungsinhalten und -methoden.

Hannes Heise präsentiert in seinem Beitrag „Chancengleichheit und neue Steuerung: Zwölf Jahre New Labour in England“ Ergebnisse seiner Dissertation, die sich mit der Frage beschäftigt, inwiefern Strategien der ‚neuen‘ Bildungssteuerung auch Möglichkeiten zur Förderung von Chancengleichheit eröffnen können. Als Fallbeispiel dient die Schulpolitik in England, die schon seit 1988 wohl radikaler als in jedem anderen Land auf eine markt- und performanzbasierte Bildungssteuerung setzt. Konkreter Untersuchungsgegenstand sind vier Reformprogramme zur Förderung von Chancengleichheit, die zwischen 1997 und 2009 implementiert wurden (*Ethnic Minorities Achievement Grant, Race Relations (Amendment) Act 2000, Every Child Matters* und *Children’s Plan*). Im Blickpunkt der Studie stehen die Steuerungslogik der eingesetzten Instrumente und resultierende Prozesswirkungen im Hinblick auf die Chancengleichheit, die in der Literatur zumeist als sogenannte ‚nicht-intendierte Handlungsfolgen‘ begriffen werden. In theoretischer Hinsicht schließt Heise an die Perspektive der institutionellen Diskriminierung an, die in der Analyse von Bildungsungleichheit die Handlungslogiken in Organisationen akzentuiert, sowie an die Governance-Forschung, die nach den Akteurskonstellationen und ihren Handlungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen des Bildungssystems fragt. Im Ergebnis arbeitet Heise auf der Grundlage umfangreicher Dokumentenanalysen und Experteninterviews heraus, wie im Untersuchungszeitraum Ziele der Chancengleichheit zwar zunehmend explizit im Rahmen der neuen Steuerungsinstrumente operationalisiert wurden, gleichzeitig jedoch die anfangs prioritäre Bedeutung von Chancengleichheit als Qualitätsziel im Laufe der Zeit systematisch unterhöhlt wurde. Des Weiteren wird aufgezeigt, wie Effekte des Bildungsmarktes sowie die Affinität der ‚Neuen Steuerung‘ zu reduktionistischer Leistungsmessung die effektive Implementierung und Umsetzung von Chancengleichheitspolitiken versperren.

Constanze Berndt beschäftigt sich in ihrem Beitrag „Ausgewählte bildungspolitische Maßnahmen in Indien vor dem Hintergrund von Education for All“ exemplarisch mit einem internationalen Programm, mit dem ein egalitärer Zugang zur Elementarbildung, der Abbau geschlechtsbezogener Diskriminierung und der Ausbau der Qualität schulischer Bildung angestrebt wird. Die Autorin fragt, inwieweit ein Programm wie *Education for All* für eine reform- und nachhaltigkeitsorientierte schulische Bildung in einem spezifischen historischen und kulturellen Kontext geeignet ist und führt in zwei ausgewählten Regionen Indiens eine punktuelle Evaluation durch. In einem historischen Rückblick werden zunächst postkoloniale Bildungsreformen in Indien bilanziert. Auf der empirischen Basis von Interviews und Unterrichtsbeobachtungen werden die Perspektiven von Lehrenden und Schuladministratoren rekonstruiert, und es werden Diskrepanzen zwischen offiziell formuliertem Bildungsanspruch und dessen konkreter

Umsetzung verdeutlicht, die dazu führen, dass Kinder aus sozial randständigen Bevölkerungsgruppen bisher kaum vom Programm *Education for All* profitieren konnten. Berndt konstatiert, dass dies nicht nur ein lokales Defizit der konkreten nationalen Umsetzung eines internationalen Programms sei, sondern dass in dem Programm selbst landesbezogene historische und kulturelle Formen und Verfestigungen von Bildungsausschluss zu wenig Berücksichtigung finden, ebenso jeweilige Anknüpfungspunkte an reform- und befreiungspädagogischen Entwicklungen in Indien.

Krassimir Stojanov problematisiert in der bewusst gewählten Form einer Streitschrift unter dem Titel „Empirische Bildungsforschung als bildungspolitische Anweisungs- und Legitimationsinstanz“ die verschwimmenden Grenzen zwischen erziehungswissenschaftlicher Forschung und politischem Handeln, die sich in vielen Ländern als Merkmal performanzorientierter Bildungspolitik erweisen. Im Mittelpunkt steht der Diskurs über die unterdurchschnittlichen Schulerfolge von Heranwachsenden mit Migrationshintergrund in Deutschland. Der Text untersucht aktuelle populäre Schriften im Schnittpunkt von Wissenschaft, Politik und Medien, die eine politische und anwendungsbezogene Stoßrichtung aufweisen und sich dabei im Wesentlichen auf Ergebnisse von – hauptsächlich quantitativer – empirischer Bildungsforschung berufen. Stojanov argumentiert, dass diese Schriften eine defizitorientierte Perspektive auf kulturelle Pluralität im Kontext schulischer Bildung transportieren. Dadurch würden sie nicht nur zur Stigmatisierung minorisierter Schülergruppen beitragen, sondern seien auch wenig geeignet, über bildungspolitische Lösungen zu informieren, die Exklusion wirksam begegnen können. Der Grund für die defizitorientierte Perspektive auf kulturelle Pluralität wird vor allem darin gesehen, dass diese Schriften selbst eine monokulturelle Haltung aufweisen: Im Rückgriff auf moral- und sozialphilosophische Theorien sozialer Gerechtigkeit arbeitet Stojanov einen nicht-dialogischen Aufbau von Argumentationsketten, Nicht-Problematisierung der eigenen Prämissen sowie die Totalisierung partikularer Meinungen und Positionen als Merkmale eines solchen monologischen Habitus heraus.

An dieser Stelle sei den Autorinnen und Autoren für die Bereitschaft, ihre Vorträge auszuarbeiten, gedankt. Ein herzlicher Dank geht auch an Heike Poppendieker für die redaktionelle Betreuung dieses Heftes.

Mechtild Gomolla
Helmut-Schmidt Universität/
Universität der Bundeswehr Hamburg

Martina Weber
Goethe-Universität Frankfurt am Main